

## A.1.17

### Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“

Einreicher: Daniel Herold

---

#### 1. Antrag A.1.17.

Streichung der Zeilen 3 bis 44.

Verschieben des Abschnitts 46 bis 57 in Zeile 83.

---

#### **Begründung:**

Aufgrund der Tatsache, dass das Programm bereits sehr umfangreich ist, denke ich, liegt in der Einleitung die Würze in der Kürze. Die ersten 40 Zeilen sind richtig und wichtig, nur sollten diese in politischen Auseinandersetzungen und Reden sowie Pressemitteilungen etc. verwendet werden. Die Bürger müssen an der Stelle mitgenommen werden, wo sie stehen und nicht wo sie mal waren, zumindest wenn es um das Wahlprogramm geht. Viel wichtiger ist, dass wir zeigen, dass es eben besser geht und vor allem worum es uns geht. Die sachliche Analyse zu jedem politischem Thema folgt im Programm.

Der Abschnitt 46 bis 57 ist am Schluss logischer und sinnvoller. Des Weiteren ist, um Dopplungen zu vermeiden, der Abschnitt „zur sozialen Sicherheit, zu innovativem und ökologischen Wirtschaften“, (Z. 46/47) zu streichen und in Z. 84 zur besseren Formulierung „einen“ durch „unseren“ zu ersetzen.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

#### 2. Antrag A.1.17.

##### *2.13. Ausbildung und Beruf qualifizieren*

Zeile 359 „DIE LINKE will Mädchen zu einer Berufswahl in technischen Berufen sowie von Jungen in sozialen und erzieherischen Berufen motivieren“ soll geändert werden in:

**„DIE LINKE will die freie Wahl des Ausbildungsplatzes fördern und junge Menschen bei der Auswahl des zukünftigen Berufes unterstützen. Dazu gehört eine stete Begleitung**

***der SchülerInnen an den allgemeinbildenden Schulen und eine Vernetzung der Bildungsträger mit den regional ansässigen Unternehmen. Dadurch kann sinnvolle Nachwuchspolitik in und mit den Unternehmen gemeinsam mit den zukünftigen Arbeitnehmern gestaltet und falscher Berufswahl vorgebeugt werden.“***

---

**Begründung:**

Wenn der Zugang zu Ausbildungsplätzen reguliert wird, entsteht ein großer Vorteil für die Wirtschaft zugleich aber ein großer Nachteil für ein Teil der Auszubildenden. Vorteil: Man kann Arbeitskräftemangel in Branchen vorbeugen. Nachteil: Unter Umständen müssen dann Azubis Berufe wählen, die nicht in ihrem Interesse liegen. Unter einer neuen sozialen Idee verstehe ich etwas anderes. Es ist wichtig, junge Menschen von Geburt an zu begleiten und Interessen zu fördern. Dazu gehört auch eine intensive Betreuung während der Schulausbildung zur Vorbereitung der Ausbildung. Zusätzlich müssen die regionalen Unternehmer mit einbezogen werden. So können Defizite bei SchülerInnen frühzeitig erkannt und ausgeglichen werden. Ebenso kann so der Unternehmer seine zukünftigen Mitarbeiter schon kennen lernen und beim beruflichen Bildungsprozess unterstützen. Dabei kann auch der Zugang von Jungen zu sozialen, erzieherischen Berufen und von Mädchen zu technischen Berufen verbessert werden. Aus staatlicher Perspektive ist so eine langfristige Arbeitsmarktentwicklung und -planung möglich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

---

3. Antrag A.1.17.

Streichungen der Zeilen 129/130:

**„Das Krisenmanagement darf nicht auf dem Rücken derjenigen erfolgen, die für diese Krise nicht verantwortlich sind.“**

---

**Begründung:**

Polemische Formulierungen in einem sachlichen Wahlprogramm nicht angebracht.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

4. Antrag A.1.17.

Ersetzen der Zeilen 188-189:

*"Eine bessere Kreditversorgung wollen wir durch kommunale Sparkassen und Genossenschaftsbanken erreichen“ durch:*

***"Eine besser finanzielle Versorgung wollen wir durch den Ausbau, die Vernetzung und den erleichterten Zugang zu allen bestehenden Förderungsmöglichkeiten erreichen. Dies soll vor allem durch kommunale Banken und Sparkassen geschehen.“***

---

**Begründung:**

Nicht die Kreditversorgung an sich ist das Problem, sondern der oftmals schwere Zugang zu den Informationen über bestehende Förderungsmöglichkeiten. Kleinunternehmern und Mittelständlern ist oft nicht klar, welche Förderungen existieren, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen und wo sie betreffende Anträge stellen und alle dazu gehörenden Daten finden können. Daher sind ein Ausbau und eine Vernetzung der vorhandenen, zahlreichen Angebote notwendig. Dies soll durch die kommunalen Banken geschehen. Mit der Bereitstellung einer zentralen Informations- und Datenplattform können diese Institute als zentraler Ansprechpartner fungieren.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		